

Rundbrief September II 2023

Lieber Leserin und Leser, liebe Mitglieder,

In diesem Rundbrief berichten wir in einem Artikel aus der französischen Presse über den überraschenden Strategiewechsel der Palästinensischen Autonomiebehörde angesichts der von den USA unterstützten Normalisierung der saudisch-israelischen Beziehungen. Der zweite Beitrag entlarvt das aktuelle Vorgehen Israels in Masafer Yatta als provokativen Akt völkerrechtswidriger Politik. Im dritten Beitrag ist die Nachricht über die Aufnahme der Tell-es-Sultan Ruinen von Jericho in das Weltkulturerbe durch die UNESCO angefügt.

Normalisierung der israelisch-arabischen Beziehungen: Die Palästinensische Autonomiebehörde ändert ihre Strategie Oppositionspolitiker Barghouti warnt

Louis Imbert LE MONDE 23-09-2023

Anstatt sich frontal gegen die laufende Annäherung zwischen Riad und dem jüdischen Staat zu stellen, auf die es kaum Einfluss hat, versucht das Regime in Ramallah, sie für sich zu nutzen.



Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, bei der UN-Generalversammlung in New York, USA, am 21. September 2023. BRENDAN MCDERMID / REUTERS

Von einem "Dolchstoß in den Rücken" ist nicht mehr die Rede. Anstatt darauf zu warten, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden und Verrat zu schreien, sucht sich die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) einen Platz in den laufenden saudisch-amerikanischen Verhandlungen über eine mögliche Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Königreich und Israel.

Das Regime in Ramallah behauptet, es habe seine Lektion aus dem historischen Debakel des sogenannten Abraham-Abkommens gelernt, in dem die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Marokko und kurzzeitig auch der Sudan den jüdischen Staat 2020 ohne Rücksicht auf die palästinensische Frage und ohne Konsultation der PA anerkannt haben.

Von Ägypten und Jordanien ermutigt, reiste der palästinensische Präsident Mahmud Abbas im April nach Riad, um Gespräche mit dem starken Mann des Königreichs, Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS), zu führen. Die Kontakte wurden im Sommer fortgesetzt, wobei Ende August palästinensische Vertreter in die saudische Hauptstadt entsandt wurden. "Die Emirate waren mit ihrem Normalisierungsabkommen über unsere Köpfe hinweggesprungen. Heute halten uns die Saudis auf dem Laufenden. Wir wollen einbezogen werden und dass unser Problem gelöst wird", fasste Ahmad Al-Deek, politischer Berater im palästinensischen Außenministerium, zusammen.

Ein großer Fehler

Die PA hätte viel zu verlieren, wenn Riad und Washington ihr die Schuld an einem möglichen Scheitern der Verhandlungen geben würden. Offiziell hat sich die saudische Linie nicht geändert: Das Königreich ist weiterhin dem "**Abdullah-Plan**" verpflichtet, benannt nach dem ehemaligen saudischen Kronprinzen und späteren Herrscher, der ihn 2002 geprägt hatte. Der von der Arabischen Liga verabschiedete Plan macht die Normalisierung der Beziehungen zu Israel von der Gründung eines palästinensischen Staates auf den von Siedlungen befreiten Gebieten von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt abhängig. "Netanjahu und die Amerikaner wollen die palästinensische Frage ignorieren. Wenn die Saudis sagen, dass das nicht möglich ist, ist das ein Sieg für uns", meint **Al-Deek**.

In einem Interview mit dem US-Sender Fox News am 20. September signalisierte der Kronprinz jedoch, dass er bereit sei, diese Parameter nach unten zu korrigieren. MBS betonte zwar, dass die palästinensische "Frage" wichtig sei und "gelöst" werden müsse, sprach aber weder von einem "Staat" noch von "Rechten" und begnügte sich mit der Hoffnung, dass die Verhandlungen "zu einem Ergebnis führen, das das Leben der Palästinenser erleichtert".

Dieser letzte Satz erinnert die Palästinenser an den "wirtschaftlichen Frieden", den Israel ihnen seit langem verspricht, wenn es keinen Staat oder gleiche Rechte gibt. Der Oppositionspolitiker **Mustafa Barghouti** sagte: *"Es ist ein großer Fehler, wenn sich die PA auf etwas einlässt, das wie eine Normalisierung aussieht, in der Hoffnung, davon zu profitieren. Der eigentliche Zweck der Normalisierung ist die Liquidierung der palästinensischen Frage. Die PA darf dieses Spiel nicht mitspielen. Im besten Fall erhalten sie nur ein wenig Geld. Ihre Aufgabe ist es demgegenüber, die palästinensische Sache zu schützen"*.

Suche nach einem "Gleichgewicht"

Die PA ist alt, mittellos, unpopulär, ideenlos und ohne große Legitimität. Um zu überleben, muss sie endlose Kompromisse mit Israel eingehen und sich einreden, dass zukünftige Verhandlungen immer noch einen palästinensischen Staat hervorbringen können. Die PA-Führer wollen wirtschaftliche Vorteile und einen politischen Horizont, der zu einer Zwei-Staaten-Lösung führen kann", sagt **Khalil Shaheen**, Programmdirektor des **Masarat-Studienzentrums**. Sie glauben, dass der Zug der Normalisierung bereits abgefahren ist, und wollen aufspringen. Es wäre besser, im vorderen Waggon zu sitzen, aber sie geben sich damit zufrieden, im hinteren Waggon zu sitzen. In diesem Spiel können sie nur verlieren. Die Frage ist nur: Wie sehr? Sie suchen nach einem Gleichgewicht".

Laut **Al-Deek** haben die saudischen Behörden während des Besuchs von **Abbas** im April signalisiert, dass sie ihren Beitrag zum Haushalt der PA möglicherweise wieder aufnehmen. Diese Gelder waren 2016 gekürzt worden, teilweise um die US-Regierung unter **Donald Trump** zufriedenzustellen, die die Palästinenser unter Druck setzte, einen "Friedensplan" zu akzeptieren, der fast ausschließlich im Interesse Israels verfasst worden war. Premierminister **Mohammad Shtayyeh** scheint sich bereits auf die 200 Millionen US-Dollar (ca. 187,6 Millionen Euro) pro Jahr verlassen zu haben und behauptet, dass die akute Haushaltskrise, die die PA lähmt, bis Ende 2023 nachlassen könnte.

"Die Saudis verstehen jedoch, dass man den Konflikt nicht auf wirtschaftliche Parameter reduzieren kann", glaubt ein Diplomat aus der Region. *"Sie müssen die palästinensische Sache berücksichtigen. Sie wissen auch, dass die Israelis nur ein einziges Mal zahlen werden. Die Saudis können ihnen nichts mehr aufzwingen, sobald sie einer Normalisierung zugestimmt haben."* Als Zeichen des guten Willens ernannte Saudi-Arabien im Sommer seinen Vertreter in Jordanien, **Nayef Al-Sudairi**, zum "nicht-residenten Botschafter im Staat Palästina".

"Wir werden die Osloer Verträge nicht wiederholen"

In Riad und Washington erinnerten die Palästinenser auch an eine Reihe von alten Forderungen, die die Grundlagen des **Abdallah-Plans** ergänzen: Unterstützung für die Erlangung eines vollwertigen Status in den Vereinten Nationen; Streichung der Palästinensischen Befreiungsorganisation von der US-Terrorliste und Wiedereröffnung ihrer Vertretung in Washington sowie des US-Konsulats in Jerusalem; Siedlungsstopp im Westjordanland; Freigabe der Zölle, die Israel an den Grenzen der palästinensischen Gebiete für die PA erhebt und sich weigert, an die PA weiterzugeben.

Laut einem westlichen Diplomaten und einer von Le Monde eingesehenen Liste palästinensischer Forderungen beinhalten diese Forderungen die Rückführung eines Teils der direkt von der israelischen Armee verwalteten Gebiete im Westjordanland unter die Autorität von Ramallah. Außerdem werden greifbare Maßnahmen genannt, die die Möglichkeit eines palästinensischen Staates aufrechterhalten sollen, wie etwa der Bau von Straßen im Westjordanland, um die Zerschneidung der Region durch die Siedlungsstraßen auszugleichen. Der Berater für Auswärtige Angelegenheiten, **Al-Deek**, hütet sich davor, diese genaueren Forderungen zu bestätigen und versichert: *"Wir werden [das] Oslo-Abkommen nicht wiederholen"*, das 1994 die PA ins Leben gerufen hatte. Diese Übergangsinanz sollte sich in einen Staat verwandeln, der jedoch nie zustande kam.

Quelle:

https://www.lemonde.fr/international/article/2023/09/23/normalisation-de-la-relation-israelo-arabe-l-autorite-palestinienne-change-de-strategie_6190669_3210.html?random=1911405417

Was ist die aktuelle Entwicklung in Masafer Yatta?



Foto: Dorf Khirbet Jenbah in Masafer Yatta. Bildnachweis: Oren Ziv, Activestills, 2013

Nach einem über 20-jährigen Rechtsstreit urteilte das Oberste Gericht Israels am 4. Mai 2022, dass die Räumungsanordnungen gegen acht palästinensische Dörfer in den South Hebron Hills im südlichen Westjordanland rechtens seien. Wie so oft hat dieses derzeit so heftig in Israel in der Diskussion um den Bestand der innerisraelischen Demokratie stehende Gericht gegen die seit ewigen Zeiten dort lebenden palästinensischen Menschen vor Ort entschieden.

Es geht in diesem Fall um über 1000 Menschen, darunter etwa die Hälfte Kinder, deren Heimstatt dem Erdboden gleichgemacht werden soll. Während die seit Generationen dort lebenden Palästinenser vor Gericht ihre Geschichte vortrugen, verwarfen die Richter die Einwände und behaupteten, dass diese Dörfer erst seit der Deklaration des Gebiets zum militärischen Übungsgelände (Firing Zone 918) entstanden seien. Kurz nach dem Gerichtsbeschluss begann Israel mit partiellen Zerstörungen der palästinensischen Dörfer und mit scharfer Munition durchgeführten Militärübungen.

Schon seit langem setzen sich NGOs und Menschenrechtler für Massar Yatta ein, während die Repression gegen Menschenrechtsverteidiger sich überall in der Westbank weiter massiv verschärft. Dies ist Teil einer langjährigen Politik der Einschüchterung und Unterdrückung der Arbeit gewaltfreier Aktivisten. Die Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern in Masafer Yatta, zuletzt im Fall des 19-jährigen Mohammed Huraini, fällt mit der zunehmenden ethnischen Säuberung mehrerer Gemeinden in der Region durch Israel zusammen. Die Menschen vor Ort und ihre Unterstützer brauchen also unsere Solidarität und Unterstützung, damit sie ihre mutige Arbeit fortsetzen können.

Die rechtliche Situation in Masafer Yatta berührt grundsätzliche Aspekte internationalen Rechts. Eine Besatzungsmacht wie Israel ist danach verpflichtet, sein Handeln in den besetzten Gebieten am humanitären Völkerrecht, insbesondere der 4. Genfer Konvention auszurichten. Demnach sind die Zerstörung von Eigentum und die Erzwingung von Umsiedlungen und Vertreibung untersagt. Die Richter haben ihr Urteil damit begründet, dass internationales Recht in dem Fall keine Anwendung finden könne, da israelisches Recht Vorrang habe! Was können wir zur Unterstützung tun?

Protestbriefe schreiben an verantwortliche Stellen wie den jeweiligen Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis vor Ort, das deutsche Außenministerium, die israelische Botschaft in Berlin sowie persönliche Stellungnahmen an die Medien richten.

Eine Musterbrief-Vorlage von dem Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine-Israel (EAPPI) findet man unter: <https://www.eappi-netzwerk.de/masafer-yatta/>.

Die UNESCO hat die Ruinen von Jericho zum Weltkulturerbe erklärt



Tell es-sultan - Tell es-Sultan – Wikipedia

Die archäologische Grabungsstätte **Tell-es-Sultan** in den Ruinen von Jericho im Westjordanland ist jetzt als Weltkulturerbe anerkannt worden. Tell-es-Sultan beherbergt Zeugnisse eines der ersten bekannten Ansiedlungen der Menschheit aus der Bronzezeit. Jericho ist eine der ältesten kontinuierlich bewohnten Städte der Welt, dessen Geschichte bis auf das Jahr 2600 v.Ch. zurückverfolgt werden kann.

Die prähistorische Stätte liegt außerhalb der heutigen Stadtgrenzen nur etwa zwei Kilometer von Jericho entfernt. Dies hervorzuheben ist wichtig, da die Ruinen dort auch für die jüdische Geschichte von großer Bedeutung sind: unter den Ruinen liegt eine Synagoge aus dem 1. Jahrhundert n.Ch. Wie zu erwarten, gab es aus Israel heftigen Protest gegen die Entscheidung der UNESCO. Schon im Vorfeld hatte Israel die Position vertreten, dass Jericho nicht zu Palästina zu zählen sei und die UNESCO sich völlig unzulässig und einseitig in einen Konflikt einmischen würde. Dabei hatte die Palästinensische Autonomiebehörde schon 2021 in einem Palast von Jericho eines der größten, aus dem 8. Jahrhundert stammenden Mosaik im Nahen Osten feierlich enthüllen können.